



## **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**

### **42. Sitzung (öffentlich)**

25. Juni 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:45 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Günter Labes, Rainer Klemann

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Vor Eintritt in die Tagesordnung**

7

#### **1 Katastrophale Defizite in der Rechtschreibung – „Lesen durch Schreiben“ und daraus abgeleitete Methoden aussetzen und umfassend prüfen**

8

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/4029

APr 16/543 (Protokoll der Anhörung)

Der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/4029 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

- 2 Zeitnah Kommission zur Entwicklung eines Lehrerjahresarbeitszeitmodells einsetzen – Lehrerverbände und bisherige Erfahrungen aus entsprechenden Modellen umfassend einbinden** 16

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/4585

APr 16/559 (Protokoll der Anhörung)

Der Ausschuss ist vor Eintritt in die Tagesordnung übereingekommen, sich erst nach der Sommerpause mit diesem Antrag zu befassen.

- 3 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz** 17

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/5545

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/5545 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Piraten bei Enthaltung der FDP angenommen.

- 4 Digitales Lernen – gemeinsame Strategie des Bundes und des Landes NRW** 19

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/1994

Der Ausschuss ist vor Eintritt in die Tagesordnung übereingekommen, sich mit diesem Bericht erst im September 2014 zu beschäftigen.

**5 Reisekostenerstattung für Lehrerinnen und Lehrer bei Schulfahrten 20**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/1899

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung Vorlage 16/1899 zur Kenntnis.

**6 Begründung und Umsetzung des Runderlasses des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 10. April 2014 23**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/1993

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung Vorlage 16/1993 zur Kenntnis.

**7 Hat es im diesjährigen Zentralabitur im Fach Mathematik eine Panne gegeben? 25**

Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 16/1992

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung Vorlage 16/1992 zur Kenntnis.

**8 Transparenz bei der Qualitätsanalyse an Schulen herstellen – Qualitätsberichte zukünftig verbindlich veröffentlichen und endlich neuen Bericht zur landesweiten Qualitätsanalyse vorlegen 28**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 16/5756

Der Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/5756 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU abgelehnt.

**9 Jokertage – ein Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familienleben und Schule 33**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/5746

Mit Blick auf die ab 13:30 Uhr folgenden Anhörungen verständigt sich der Ausschuss aus Zeitgründen darauf, diesen Antrag erst im September 2014 zu behandeln.

**10 Es gibt mehr als nur G8 oder G9 – Konzepte zur flexibleren Gestaltung des Bildungsgangs Gymnasium prüfen! 34**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/5958

Der Ausschuss ist vor Eintritt in die Tagesordnung übereingekommen, diesen Antrag erst im Herbst 2014 zu debattieren.

**11 Verschiedenes 35****a) Terminplan 2015 35**

Der Ausschuss billigt den vorgeschlagenen Terminplan, der die Sitzungen des Ausschusses für Schule und Weiterbildung im Jahr 2015 enthält.

**b) Zuziehung von Sachverständigen am 3. September 2014 35**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung des Vorsitzenden, die Zuziehung von Sachverständigen zum Thema „Duale Ausbildung in der Fläche sichern – Regelungen zu Fachklassen an Berufskollegs an demografischen Wandel anpassen“ könne wie geplant am 3. September 2014 stattfinden, zur Kenntnis.

**c) Besuch des Ausschusses für Bildung des Landtags Rheinland-Pfalz im Landtag Nordrhein-Westfalen am 30. September 2014 35**

Der Ausschuss nimmt die Ankündigung des Vorsitzenden, der Ausschuss für Bildung des Landtags Rheinland-Pfalz werde am 30. September 2014 den Landtag Nordrhein-Westfalen besuchen, um mit der Ministerin sowie dem Vorsitzenden und den Obleuten des Ausschusses zu sprechen, zur Kenntnis.

\* \* \*



### **3 Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/5545

**Vorsitzender Wolfgang Große Brömer** erklärt, dieser Gesetzentwurf sei am 14. Mai 2014 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung – federführend – und sowie den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft und Forschung – mitberatend – überwiesen worden. Der AIWF habe den Gesetzentwurf am 28. Mai 2014 angenommen.

**Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW)** trägt vor:

Da dieser Gesetzentwurf seinerzeit ohne Debatte eingebracht worden ist, möchte ich kurz etwas dazu sagen.

Mit dem vorliegenden Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesausbildungsförderungsgesetz ist beabsichtigt, das Ausführungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz AG BAföG – NRW, an die durch den Bundesgesetzgeber am 19. Oktober 2011 geänderte BAföG-Auslandszuständigkeitsverordnung anzupassen.

Der Bund hat mit dieser Neuregelung für die Länder neue Zuständigkeiten für die Bearbeitung von BAföG-Anträgen für eine Ausbildung im Ausland festgelegt. Nordrhein-Westfalen ist nun bundesweit für die Bearbeitung der Anträge für Ausbildungen in den Niederlanden, in Belgien und in Luxemburg zuständig und hat die Zuständigkeit für die Prüfung von BAföG-Anträgen für Ausbildungen in der Türkei sowie in Großbritannien und in Irland an andere Länder abgegeben.

In der Praxis ist der Wechsel der Auslandszuständigkeit bereits seit Anfang 2012 umgesetzt worden.

Ferner kommt die Landesregierung entsprechend der Begründung zu Art. 1 Nr. 2 des Gesetzentwurfs ihrer Berichtspflicht gegenüber dem Landtag aus § 4 Satz 2 AG BAföG – NRW nach. Im Kern ist festzustellen, dass sich das AG BAföG – NRW in der Praxis bewährt hat und als Zuständigkeitsregelung unverzichtbar ist. Da das Gesetz bereits im Vorfeld des Änderungsgesetzes zum AG BAföG – NRW vom 30. Juni 2009 mit dem gleichen Ergebnis evaluiert worden ist, sieht der vorliegende Gesetzentwurf vor, die Berichtspflicht nunmehr zu streichen.

**Ingola Schmitz (FDP)** hält die inhaltlichen Änderungen für nachvollziehbar. Die Aufhebung der Berichtspflicht sei aber kritisch zu bewerten. Die FDP erachte solche Berichte unter dem Aspekt der Vermeidung unnötiger Bürokratie bzw. einer kontinuierlichen Überprüfung rechtlicher Vorgaben als notwendig.

**Ministerin Sylvia Löhrmann (MSW)** entgegnet, wenn ständig Berichte zu Gesetzen erstellt werden müssten, die sich vom Grundsatz her bewährt hätten, werde doch gerade mehr Bürokratie geschaffen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/5545 wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Piraten bei Enthaltung der FDP angenommen.